

I. Einleitung

Die folgende Arbeit widmet sich den Vorgaben des unionsrechtlichen Verbraucherschutzes und wie sie im österreichischen Zivilprozessrecht umgesetzt werden können. Die Forderungen des Unionsrecht entspringen einer Rechtsprechungslinie des EuGH, die seit 25 Jahren Bestand hat. Im Rahmen dieser Rsp gibt der EuGH vor, wie das nationale Zivilprozessrecht der Mitgliedstaaten auszusehen hat, damit die materiellen Verbraucherrechte, die in Rechtsakten des Europarechts verbürgt sind, auch tatsächlich durchgesetzt werden können. Startpunkt ist eine Bitte um Auslegung der Klausel-RL, die ein spanisches Gericht im Jahr 1998 an den EuGH richtet.¹ Was damals in Spanien als Rechtsstreit über die Zuständigkeitsklauseln in einem Kaufvertrag über Enzyklopädien beginnt, entwickelt sich in der Folge zu „one of the most controversial and unsettled issues of EU consumer protection law“.²

Im Folgenden wird einerseits die Rsp des Gerichtshofs der Europäischen Union im Detail analysiert und jene Aussagen, die nationales Zivilprozessrecht betreffen, herausgefiltert. Obwohl die Rsp stets vor dem Hintergrund der einschlägigen nationalen Prozessrechte zu verstehen ist, wird der Versuch unternommen, allgemein gültige Aussagen abzuleiten. Jene allgemeinen Erkenntnisse werden in der Folge dem österreichischen Zivilprozess gegenübergestellt und untersucht, ob und wie sie sich umsetzen lassen. Zunächst werden jedoch die unionsrechtlichen Instrumente vorgestellt, die es überhaupt ermöglichen, dass nationales Zivilprozessrecht durch Rsp des EuGH zu materiellen Rechtsakten beeinflusst wird.

1 EuGH C-240/98 – 244/98, *Océano Grupo*, ECLI:EU:C:2000:346.

2 *Hess/Taelman in Hess/Law*, Implementing EU Consumer Rights by National Procedural Law II Chapter 3 Rz 62.

II. Unionsrecht und nationales Recht

A. Verfahrensautonomie

Sollen in Österreich Verbraucherrechte, die ihren Ursprung im Unionsrecht haben, gerichtlich durchgesetzt werden, wird darüber vor einem nationalen Zivilgericht verhandelt, das nationales Zivilverfahrensrecht anwendet. Das mag wie eine Selbstverständlichkeit klingen, liegt aber daran, dass soweit keine unionsrechtlichen Verfahrensvorschriften bestehen, materielles Unionsrecht von nationalen Gerichten mit nationalem Prozessrecht durchgesetzt wird.³ Bei der Ausgestaltung des Verfahrensrechts sind die Mitgliedstaaten sowohl hinsichtlich institutioneller als auch verfahrensmäßiger Aspekte im engeren Sinn frei.⁴ Das Phänomen wird daher mit dem Grundsatz der Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten beschrieben.⁵

Der Begriff der Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten darf jedoch nicht so verstanden werden, als hätte er einen eigenen, normativen Gehalt.⁶ Es handelt sich nicht um einen „*domaine réservé*“ der Mitgliedstaaten.⁷ Der Grundsatz der Verfahrensautonomie beschreibt vielmehr den Zustand, wonach zur Durchsetzung von Unionsrecht mangels umfassender und abschließender unionaler Verfahrensvorschriften (notwendigerweise) auf das nationale Prozessrecht zurückgegriffen werden muss und so nationale Regelungen zur Anwendung gelangen.⁸

Die vorrangigen unionsrechtlichen Prozessregeln können sowohl von der Legislative der EU stammen als auch auf die Rsp des EuGH zurückgehen.⁹ Insb zweiteres, Fälle,

- 3 Vgl Hess, Europäisches Zivilprozessrecht² § 11 Rz 11.5 ff; *Lenaerts/Maselis/Gutman in Nowak*, EU Procedural Law Rz 4.01 „*the European Union essentially 'piggybacks' on what is provided for in the national legal systems*“; J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs 21.
- 4 *Herb*, Europäisches Gemeinschaftsrecht und nationaler Zivilprozess 181 f; *R. Koch*, Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts 26; *Kohlhepp*, Die unionsrechtlich veranlasste Rechtskraftdurchbrechung 131; *Lenaerts/Maselis/Gutman in Nowak*, EU Procedural Law Rz 4.02.
- 5 Beginnend mit EuGH C-33/76, *Rewe*, ECLI:EU:C:1976:188; C-45/76, *Comet*, ECLI:EU:C:1976:191. Erst seit 2004 spricht der EuGH selbst von „Verfahrensautonomie“ *Wilman*, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.03. Vgl auch *Bonelli in Bonelli/Eliantonio/Gentile*, Article 47 of the EU Charter and Effective Judicial Protection I 81 (84); *Schebesta*, ERPL 2010, 847 (854 ff).
- 6 Ausf *Kakouris*, CMLR 34 (1997) 1389 (1405); *Bobek in Micklitz/de Witte*, The European Court of Justice and the Autonomy of the Member States 305; *Ebers*, ERPL 2010, 823 (825) mwN; *Van Gerven*, CMLR 37 (2000) 501 (501 ff); *Herb*, Europäisches Gemeinschaftsrecht und nationaler Zivilprozess 183; *Szpunar*, ZEuP 2018, 1 (4 ff); *Tonne*, Effektiver Rechtsschutz 315 ff; *Wegener in Calliess/Ruffert*, EUV/AEUV⁶ Art 19 Rz 36.
- 7 *Bobek in Micklitz/de Witte*, The European Court of Justice and the Autonomy of the Member States 305 (320); s auch *Bonelli in Bonelli/Eliantonio/Gentile*, Article 47 of the EU Charter and Effective Judicial Protection I 81 (84 ff).
- 8 *Herb*, Europäisches Gemeinschaftsrecht und nationaler Zivilprozess 182; *Lindholm*, State Procedure and Union Rights 100 f.
- 9 *Ch. Krönke*, Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union 84.

in denen der EuGH prozessuale Vorgaben für nationale Zivilprozesse formuliert, ist Thema dieser Arbeit.

Bestehen nämlich keine unionsrechtlichen Vorgaben für nationales Zivilverfahrensrecht, bedingt die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten, dass materielles Unionsrecht wie bspw. unionales Verbraucherrecht mit 27 verschiedenen Prozessrechten durchgesetzt wird. Das führt zwingendermaßen zu Abstrichen bei der Einheitlichkeit der Unionsrechtsanwendung; durch nationales Verfahrensrecht kann genauso die Wirksamkeit des EU-Rechts gefährdet sein.¹⁰ Da für das Funktionieren des EU jedoch eine wirksame und einheitliche Geltung sowie Anwendung des Unionsrechts unerlässlich ist, setzt der EuGH mit seiner Rsp. nationalen Prozessrechten gewisse Schranken.

B. Äquivalenzgrundsatz

So dürfen nationale Verfahrensvorschriften, mit denen materielles Unionsrecht durchgesetzt wird, nicht ungünstiger ausgestaltet sein als Vorschriften für ähnliche Sachverhalte, die nur nach innerstaatlichem Recht bestimmt werden. Das bedeutet, dass Klägerinnen, die ihre Rechte aus unionalen Verbraucherrechtsakten durchsetzen, nicht schlechter gestellt werden dürfen als Klägerinnen, die die Durchsetzung rein nationaler Verbraucherrechte begehren. Anlass für eine unzulässige Schlechterstellung können etwa unterschiedlich lange Fristen,¹¹ die ungleiche Möglichkeit zur Wiederaufnahme von Verfahren¹² oder die (nicht) gegebene Möglichkeit der Durchbrechung der Rechtskraft sein.¹³

Eine Ungleichbehandlung (iS. einer Schlechterstellung) ist nur zulässig, wenn eine sachliche Unterscheidung besteht.¹⁴ Der Grundsatz der Äquivalenz, oder auch Gleichwertigkeit, formuliert daher ein prozessuales Diskriminierungsverbot gegenüber Normen mit Unionsrechtshintergrund.¹⁵ Passend dazu wird der Äquivalenzgrundsatz vom EuGH als Ausprägung des allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes verstanden,¹⁶ von der Lehre wird er sowohl aus dem allgemeinen Diskriminie-

10 Gössl, Parteidispositionen und EU-Verbrauchervertragsrecht 170; Wilman, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 1.07, 2.02.

11 EuGH C-261/95, *Palmisani*, ECLI:EU:C:1997:351, Rn 32 ff.; C-231/96, *Edis*, ECLI:EU:C:1998:401, Rn 37 ff.

12 EuGH C-582/21, *Profi Credit Polska III*, ECLI:EU:C:2024:282, Rn 42 ff.

13 EuGH C-40/08, *Asturcom*, ECLI:EU:C:2009:615, Rn 53 f.; weitere Beispiele bei J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der F des Europäischen Gerichtshof 96.

14 Gössl, Parteidispositionen und EU-Verbrauchervertragsrecht 190 f.; Wilman, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.06.

15 Etwa Bobek in Micklitz/de Witte, The European Court of Justice and the Autonomy of the Member States 305 (312); Kohlhepp, Die unionsrechtlich veranlasste Rechtskraftdurchbrechung 134; J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs 17 ff, 92; Kulms, Der Effektivitätsgrundsatz 155 f.; Seyr, Der *effet utile* in der Rechtsprechung des EuGH 153 f.; Tonne, Effektiver Rechtsschutz 304 ff.

16 EuGH C-34/02, *Pasquini*, ECLI:EU:C:2003:366, Rn 70; Herb, Europäisches Gemeinschaftsrecht und nationaler Zivilprozess 190 f.; Paunio in Peers/Hervey/Kenner/Ward, The EU Charter of Fundamental Rights² Rz 47.212, 47.232; Wilman, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.05.

rungsverbot als auch den Grundfreiheiten abgeleitet¹⁷ oder auf Art 4 Abs 3 EUV gestützt.¹⁸

Dreh- und Angelpunkt des Äquivalenzgrundsatzes ist das Bestimmen der korrespondierenden Vergleichsgruppe für das konkrete Unionsrecht im innerstaatlichen Recht, da davon abhängt, ob eine unzulässige Schlechterstellung vorliegt.¹⁹ Um die Ähnlichkeit zu überprüfen, müssen „Gegenstand“ und „wesentlichen Merkmale“ der jeweiligen Normen verglichen werden.²⁰ Die Aufgabe, eine ähnliche Vorschrift zu finden, kommt dabei grundsätzlich den nationalen Gerichten zu, der EuGH erteilt nur „Hinweise“. ²¹ Wurde eine korrespondierende innerstaatliche Bestimmung gefunden, muss sodann eine Prüfung der darauf anwendbaren Verfahrensmodalitäten stattfinden, um zu überprüfen, ob sie günstiger sind und damit der Äquivalenzgrundsatz verletzt wird.²² Bei dieser Prüfung soll laut EuGH nicht isoliert auf einzelne anwendbare Verfahrensvorschriften abgestellt werden, sondern die Stellung der Vorschriften im Gesamtverfahren und die sich daraus ergebenden Besonderheiten mitberücksichtigt werden.²³ Bei der Wahl der zu vergleichenden nationalen Norm geht es nach der Rsp des EuGH aber nicht darum, jene Vorschrift herauszusuchen, an die die günstigsten Verfahrensbestimmungen geknüpft sind, um so dem unionalen Recht zu maximaler Wirksamkeit zu verhelfen.²⁴

- 17 Vgl die Nachweise bei J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 93; Gössl, Parteidispositionen und EU-Verbrauchervertragsrecht 189; Szpunar, ZEuP 2018, 1 (2).
- 18 Kulms, Der Effektivitätsgrundsatz 31 mwN; Widdershoven, REALaw 12 (2019) 5 (7).
- 19 Bobek in Micklitz/de Witte, The European Court of Justice and the Autonomy of the Member States 305 (313ff) betont die Herausforderungen des Grundsatzes; ebenso Szpunar, ZEuP 2018, 1 (7f); s auch Lenaerts/Maselis/Gutman in Nowak, EU Procedural Law Rz 4.14; Lindholm, State Procedure and Union Rights 125f; Trstenjak/Beysen, CMLR 48 (2011) 95 (103f); Widdershoven, REALaw 12 (2019) 5 (8f).
- 20 ZB EuGH C-40/08, *Asturcom*, ECLI:EU:C:2009:615, Rn 50; ausf dazu J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 95f.
- 21 EuGH C-261/95, *Palmisani*, ECLI:EU:C:1997:351, Rn 33; C-326/96, *Levez*, ECLI:EU:C:1998:577, Rn 39; C-78/98, *Preston*, ECLI:EU:C:2000:247, Rn 49; C-472/99, *Clean Car*, ECLI:EU:C:2001:663, Rn 31; zu Verbraucherverfahren C-40/08, *Asturcom*, ECLI:EU:C:2009:615, Rn 50; C-869/19, *Unicaja Banco*, ECLI:EU:C:2022:397, Rn 23. Ebers, ERPL 2010, 823 (839); Kohlhepp, Die unionsrechtlich veranlasste Rechtskraftdurchbrechung 195f; J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 95; Kulms, Der Effektivitätsgrundsatz 156f; Laukemann, ZZP 130 (2017) 439 (446); Lindholm, State Procedure and Union Rights 123; Paunio in Peers/Hervey/Kenner/Ward, The EU Charter of Fundamental Rights² Rz 47.218ff; Schebesta, ERPL 2010, 847 (872); Wilman, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.06.
- 22 J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 96.
- 23 Vgl EuGH C-582/21, *Profi Credit Polska III*, ECLI:EU:C:2024:282, Rn 41; J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 96.
- 24 Etwa EuGH C-231/96, *Edis*, ECLI:EU:C:1998:401, Rn 36; C-326/96, *Levez*, ECLI:EU:C:1998:577, Rn 42; Gössl, Parteidispositionen und EU-Verbrauchervertragsrecht 190; J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen

C. Effektivitätsgrundsatz

Die zweite Schranke für nationales Verfahrensrecht ist der Grundsatz der Effektivität. Er ist kumulativ mit dem Äquivalenzgrundsatz anzuwenden, so dass nationales Prozessrecht beiden Grundsätzen genügen muss, um unionsrechtskonform zu sein.²⁵ Der Effektivitätsgrundsatz verlangt, dass die Durchsetzung von Unionsrecht, etwa von unionalem Verbraucherrecht, weder unmöglich gemacht noch übermäßig erschwert werden darf.²⁶

Wie der Name sagt, zielt der Effektivitätsgrundsatz auf die effektive Anwendung und Durchsetzung unionaler Rechte ab, eine Verwandtschaft mit dem in der Rsp des EuGH zentralen Prinzip des *effet utile* kann nicht geleugnet werden.²⁷ Ausgangsbasis des Effektivitätsgrundsatzes ist Art 4 Abs 3 EUV und die darin normierte Loyalitäts- und Mitwirkungspflicht.²⁸

Der Grundsatz enthält sowohl eine negative Spielart – nationale Prozessvorschriften, die der Effektivität des Unionsrecht im Wege stehen, werden eliminiert – als auch in jüngerer Rsp vermehrt eine positive Ausprägung.²⁹ Effektivitätsüberlegungen verlangen nunmehr, dass die Mitgliedstaaten Rechtsschutz gewähren und gegebenenfalls sogar neue Rechtsbehelfe schaffen. Dafür verbindet der Gerichtshof den Effektivitätsgrundsatz mit dem unionsrechtlichen Gebot des effektiven Rechtsschutzes.³⁰ Gerade im Bereich des Verbraucherverfahrensrechts werden beide Grundsätze miteinander zu einem einheitlichen Prüfungsmaßstab verschmolzen.³¹

Gerichtshof 96f; *Kulms*, Der Effektivitätsgrundsatz 157; *Lindholm*, State Procedure and Union Rights 123.

25 *Bobek* in *Micklitz/de Witte*, The European Court of Justice and the Autonomy of the Member States 305 (318); *Haapaniemi* in *Ervo/Gräns/Jokela*, Europeanization of Procedural Law 89 (93); *Kulms*, Der Effektivitätsgrundsatz 162f.

26 *Beka*, The Active Role of Courts in Consumer Litigation 29, 31f; *Bobek* in *Micklitz/de Witte*, The European Court of Justice and the Autonomy of the Member States 305 (316); *J. König*, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 52; *Wilman*, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.07.

27 *Herb*, Europäisches Gemeinschaftsrecht und nationaler Zivilprozess 188; *Krommendijk*, CMLR 53 (2016) 1395 (1404); *Ch. Krönke*, Die Verfahrenautonomie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union 230; *Kulms*, Der Effektivitätsgrundsatz 164; *Szpunar*, ZEuP 2018, 1 (2).

28 *J. König*, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 106f mwN; *Kulms*, Der Effektivitätsgrundsatz 31; *Lüttringhaus*, Vertragsfreiheit und ihre Materialisierung im Europäischen Binnenmarkt 236f; *Widdershoven*, REALaw 12 (2019) 5 (7).

29 *Reich*, General Principles of EU Civil Law 91 ff; *Beka*, The Active Role of Courts in Consumer Litigation 31 ff.

30 *Beka*, The Active Role of Courts in Consumer Litigation 29; *J. König*, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 167 ff. Siehe dazu gleich II.D.

31 *Beka*, The Active Role of Courts in Consumer Litigation 38 ff, 41f, 268; *Heinze*, JZ 2011, 709 (713); *Krommendijk*, CMLR 53 (2016) 1395 (1403, 1409, 1411); *Roth*, JZ 2023, 100 (100); *Saffjan/Düsterhaus* in Yearbook of European Law 33 (2014) 3 (10) nennen diese weiterentwickelte Formel „*Rewe 47 test*“; *Widdershoven*, REALaw 12 (2019) 5 (21); *Wilman*, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.12. Vgl EuGH C-377/

Technisch unternimmt der EuGH im Rahmen des Effektivitätsgrundsatzes eine Abwägung zwischen Unionsrecht und mitgliedstaatlichem Verfahrensrecht.³² Es soll die Wirksamkeit und Einheitlichkeit des Unionsrechts gewahrt werden, dies aber gleichzeitig gegen (grundlegende) nationale Prozessgrundsätze abgewogen werden, wenn diese die Durchsetzung des Unionsrechts hindern.³³ Abermals soll keine isolierte Betrachtung einer einzelnen nationalen Verfahrensvorschrift stattfinden, sondern die Prüfung muss „unter Berücksichtigung der Stellung dieser Vorschrift im gesamten Verfahren, des Verfahrensablaufs und der Besonderheiten des Verfahrens vor den verschiedenen nationalen Stellen [durchgeführt werden]. Dabei sind gegebenenfalls die Grundsätze zu berücksichtigen, die dem nationalen Rechtsschutzsystem zugrunde liegen, wie z.B. der Schutz der Verteidigungsrechte, der Grundsatz der Rechtssicherheit und der ordnungsgemäße Ablauf des Verfahrens.“³⁴ In diese Beurteilung fließen auch die Eigenschaften bzw. Fähigkeiten der Person ein, um deren Rechte es geht: So mutet der EuGH Verbraucherinnen nur vergleichsweise geringere Hürden bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu und kommt schneller zu einem Verstoß gegen den Effektivitätsgrundsatz als etwa bei professionellen Wirtschaftsteilnehmerinnen.³⁵ Außerdem scheint der EuGH die Effektivitätsprüfung je nach Ausmaß des öffentlichen (unionsrechtlichen) Interesses an der Durchsetzung des spezifischen Unionsrechts mehr oder weniger streng vorzunehmen.³⁶

14, *Radlinger*, ECLI:EU:C:2016:283, Rn 46 ff, 56 f; C-169/14, *Sánchez Morcillo*, ECLI:EU:C:2014:2099, Rn 35 „Daher impliziert die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die Wirksamkeit der den Einzelnen aus der Richtlinie 93/13 erwachsenden Rechte gegen die Verwendung missbräuchlicher Klauseln zu gewährleisten, das vom nationalen Gericht zu wahrende, auch in Art. 47 der Charta verankerte Erfordernis eines gerichtlichen Schutzes“; ähnlich C-483/16, *Sziber*, ECLI:EU:C:2018:367, Rn 49; C-776/19 – 782/19, *BNP Paribas II*, ECLI:EU:C:2021:470, Rn 29; C-693/19, 831/19, *SPV Project 1503*, ECLI:EU:C:2022:395, Rn 61; C-725/19, *Impuls Leasing România*, ECLI:EU:C:2022:396, Rn 46.

32 *Beka*, The Active Role of Courts in Consumer Litigation 35; Gössl, Parteidispositionen und EU-Verbrauchervertragsrecht 174; *Haapaniemi in Ervo/Gräns/Jokela*, Europeanization of Procedural Law 89 (97 f); J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 248 ff; *Laukemann*, ZZP 130 (2017) 439 (4579); *Prechal*, CMLR 35 (1998) 681 (690 ff); *Seyr*, Der *effet utile* in der Rechtsprechung des EuGH 155 f; zur historischen Entwicklung s. *Widdershoven*, REALaw 12 (2019) 5 (10 f); ebenso *Lindholm*, State Procedure and Union Rights 127 ff; *Schebesta*, ERPL 2010, 847 (858 ff); *Wilman*, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.09.

33 *Van Gerven*, CMLR 37 (2000) 501 (531); *Schebesta*, ERPL 2010, 847 (859).

34 Vgl. EuGH C-312/93, *Peterbroeck*, ECLI:EU:C:1995:437, Rn 14; C-430/93, 431/93, *van Schijndel*, ECLI:EU:C:1995:441, Rn 19; C-40/08, *Asturcom*, ECLI:EU:C:2009:615, Rn 39; C-169/14, *Sánchez Morcillo*, ECLI:EU:C:2014:2099, Rn 34; C-8/14, *BBVA*, ECLI:EU:C:2015:731, Rn 26; C-49/14, *Finanmadrid*, ECLI:EU:C:2016:98, Rn 44; C-407/18, *Addiko Bank*, ECLI:EU:C:2019:537, Rn 48; C-776/19 – 782/19, *BNP Paribas II*, ECLI:EU:C:2021:470, Rn 28; C-693/19, 831/19, *SPV Project 1503*, ECLI:EU:C:2022:395, Rn 60; C-869/19, *Unicaja Banco*, ECLI:EU:C:2022:397, Rn 28.

35 *Kulms*, Der Effektivitätsgrundsatz 106 ff, 141 ff. Durch den strengeren Prüfungsmaßstab bei Verbraucherinnen soll ihre geringere „Einsatzfähigkeit“ für die Durchsetzung des Unionsrechts ausgeglichen werden.

36 J. König, Der Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof 233; *Kulms*, Der Effektivitätsgrundsatz 125, 141; *Weyer*, EuR 2000, 145 (166).

Anders als beim Äquivalenzgrundsatz, über den final nationale Gerichte entscheiden und der EuGH lediglich Hinweise erteilt, ist beim Effektivitätsgrundsatz der EuGH allein zuständig.³⁷

D. Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz

Neben den beiden zentralen Grundsätzen der Äquivalenz und Effektivität, sind auch andere unionsrechtliche Rechtsgrundsätze zu beachten, wenn unionale Verbraucherrechte mit nationalem Verfahrensrecht durchgesetzt werden.³⁸ So müssen die Mitgliedstaaten insb für effektiven gerichtlichen Rechtsschutz sorgen und werden auch dadurch in ihrer Verfahrenautonomie „eingeschränkt“. Diese Gewährleistung stellt einen allgemeinen und fundamentalen Rechtsgrundsatz des Unionsrechts dar, wie er in der Rs *Johnston* durch den EuGH bestätigt wurde.³⁹ Der Grundsatz ist (mittlerweile) auch zweifach ausdrücklich im Unionsrecht verankert, einmal in Art 47 GRC und das andere Mal in Art 19 EUV.⁴⁰

Wie bereits erwähnt kann das Erfordernis des effektiven Rechtsschutzes zum Effektivitätsgrundsatz hinzutreten und ihn verstärken, es kann aber auch in die entgegengesetzte Richtung wirken und so die Effektivität des Unionsrecht behindern.⁴¹ Dem Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz wird in der Literatur eine zunehmend wichtigere Rolle in Beziehung zu Effektivitätsgrundsatz (und Äquivalenzgrundsatz) nachgesagt.⁴² Im Einzelfall ist es aber nicht einfach vorauszusagen, an welchem Maßstab der EuGH nationales Verfahrensrecht messen wird,⁴³ Äquivalenz- und Effektivitätsgrundsatz sind jedenfalls auch weiterhin quicklebendig.⁴⁴

37 Kohlhepp, Die unionsrechtlich veranlasste Rechtskraftdurchbrechung 135.

38 Heinze, JZ 2011, 709 (713); Herb, Europäisches Gemeinschaftsrecht und nationaler Zivilprozess 191 ff; Ch. Krönke, Die Verfahrenautonomie der Mitgliedstaaten der Europäischen Union 108; Lindholm, State Procedure and Union Rights 102 ff; Tonne, Effektiver Rechtsschutz 200 ff; Weyer, ZEuP 1999, 424 (450 ff).

39 EuGH C-222/84, *Johnston*, ECLI:EU:C:1986:206; Bonelli in Bonelli/Eliantonio/Gentile, Article 47 of the EU Charter and Effective Judicial Protection I 81 (83); Hofmann in Peers/Hervey/Kenner/Ward, The EU Charter of Fundamental Rights² Rz 47.48 f; Lindholm, State Procedure and Union Rights 107 f; Prechal/Widdershoven, REALaw 4 (2011) 31 (34 f); Rauegger in Peers/Hervey/Kenner/Ward, The EU Charter of Fundamental Rights² Rz 47.22; Saffjan/Düsterhaus in Yearbook of European Law 33 (2014) 3 (3); Tonne, Effektiver Rechtsschutz 200 ff, 309 ff; Widdershoven, REALaw 12 (2019) 5 (15).

40 Beka, The Active Role of Courts in Consumer Litigation 36 f; Bonelli in Bonelli/Eliantonio/Gentile, Article 47 of the EU Charter and Effective Judicial Protection I 81 (83); Jarass, NJW 2011, 1393 (1394); Prechal/Widdershoven, REALaw 4 (2011) 31 (37); Rauegger in Peers/Hervey/Kenner/Ward, The EU Charter of Fundamental Rights² Rz 47.24, 47.38; Saffjan/Düsterhaus in Yearbook of European Law 33 (2014) 3 (4); Widdershoven, REALaw 12 (2019) 5 (16).

41 Gössl, Parteidispositionen und EU-Verbrauchervertragsrecht 189; Saffjan/Düsterhaus in Yearbook of European Law 33 (2014) 3 (15 f).

42 Widdershoven, REALaw 12 (2019) 5 (6, 22 f, 28 ff).

43 Krommendijk, CMLR 53 (2016) 1395 (1408, 1412 ff); Prechal/Widdershoven, REALaw 4 (2011) 31 (39); Wilman, Private Enforcement of EU Law Before National Courts Rz 2.12.

44 Etwas Krommendijk, CMLR 53 (2016) 1395 (1402).

Wie effektiver gerichtlicher Rechtsschutz konkret ausgestaltet sein muss, hängt von den unterschiedlichen Rechtsbereichen und den spezifischen Umständen der konkreten Fälle ab.⁴⁵ Im Verbraucherverfahrensrecht können die Anforderungen daher anders ausgestaltet sein als in anderen Bereichen des Unionsrechts.⁴⁶

⁴⁵ Hofmann in Peers/Hervey/Kenner/Ward, The EU Charter of Fundamental Rights² Rz 47.176f; Widdershoven, REALaw 12 (2019) 5 (27).

⁴⁶ Siehe aber auch Krommendijk, CMLR 53 (2016) 1395 (1411) zu EuGH C-49/14, *Finanma-drid*, ECLI:EU:C:2016:98; ebenso Beka, The Active Role of Courts in Consumer Litigation 248.

